

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 2

Artikel: Lateinamerika-Uebersicht. Die "castronautische" Entwicklung
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092542>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lateinamerika-Uebersicht

Die «castronautische» Entwicklung

Von Alphonse Max

In Lateinamerika wird für Abwechslung gesorgt. Es vergeht kaum ein Monat ohne einen Putsch, einen Gegenputsch (wie in Panama), viele Flugzeugentführungen, politische Morde oder ähnlichem.

Der spektakulärste Husarenstreich war Anfang dieses Jahres die Entführung einer Caravelle der brasilianischen Luftfahrtgesellschaft Cruzeiro do Sul, die sofort nach ihrem Start in Montevideo von einer Gruppe von fünf bewaffneten brasilianischen «Castronauten» übernommen wurde, die dem Piloten befahlen, nach Kuba zu fliegen. Als die Maschine nach erfolgter Brennstoffergänzung in Lima starten wollte, sprang eine der Turbinen nicht an, und das Flugzeug musste 27 Stunden in der glühenden Sommerhitze warten, bis ein Ersatzteil aus Santiago (Chile) geliefert wurde, während Besatzung, Entführer und Passagiere ihr Bestes taten, um das Warten so wenig unangenehm wie möglich zu gestalten. Am nächsten Tag landete die Maschine in Havanna. Die fünf «Castronauten» waren inzwischen von den brasilianischen Behörden identifiziert worden: es handelt sich um ultralinke Journalisten und Studenten, die in Brasilien in den Polizeiakten wegen Subversion und Gewaltverbrechen vermerkt waren und als politische Exilierte in Uruguay lebten. Ihre Anführerin, Isolde Sommer, die einzige Frau der Gruppe, ist mit Ronald Lobato, einem der Terroristenräuber, die voriges Jahr eine Bank in Rio de Janeiro überfielen, verheiratet. Die Luftpiraten erklärten, dass ihre Handlung eine Ehrung für «Che» Guevara sei und dass sie in Kuba für ihren späteren Einsatz in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern ausgebildet würden. Die fünf Entführer sollen der brasilianischen Terrorgruppe «VAR-Palmares» angehören, von der man annimmt, sie sei eine Konkurrenzbewegung zu der Gruppe um den in einem Scharmützel mit der Polizei ums Leben gekommenen Guerillaführer Carlos Marighela.

Die Militärdiktatur in Peru ist auf bestem Wege, sich in eine Art lateinamerikanische «Volksdemokratie» zu verwandeln.

Das ist unter anderem auch daraus ersichtlich, dass Präsident Velasco Alvarado noch vor Ende des Jahres dieselben Massnahmen traf wie Castro nach seiner Machtübernahme in Kuba vor elf Jahren: Er setzte den Obersten Gerichtshof, die bisher einzige selbständige und unabhängige Behörde Perus, ab. Die Regierung hat 16 neue «Beisitzer» ernannt, die jetzt über die Zukunft sämtlicher Richter des Landes zu entscheiden haben.

Der Weg der «Peruanisierung»

Konsequenterweise folgte kurz danach die «Peruanisierung» der Presse. Das betreffende Dekret besagt, dass nur eingeborene Peruaner Zeitungsunternehmen gründen oder sich an ihnen beteiligen können. Sie müssen ausserdem in Peru ihren Wohnsitz haben und im Vollbesitz ihrer bürgerlichen Rechte sein. Aktionäre und Direktoriumsmitglieder der Zeitungsunternehmen sind den gleichen Bedingungen unterworfen. Wer zurzeit Aktien von peruanischen Zeitungen besitzt, ohne die obigen Bedingungen zu erfüllen, muss sie sofort abtosseln. Diese Einschränkung der Pressefreiheit hat den lebhaften Protest der Zeitungen sowie auch der Radio- und Fernsehanstalten her-

vorgerufen. Nun, man beeilt sich zu protestieren, solange man noch kann. Ob es helfen wird, ist eine andere Frage. Vorläufig hat die Regierung die Einsprüche der Presse, die sie zu knebeln beabsichtigt, noch geduldet; es ist die Henkersmahlzeit vor der Vollstreckung des Todesurteils der Pressefreiheit.

Diesen neuen Bestimmungen dürften in erster Linie die in englischer Sprache erscheinende «Peruvian Times», die in nordamerikanischem Besitz ist, und die Oppositionszeitung «Expreso», deren Eigentümer der im Exil lebende ehemalige Schatzminister Manuel Ulloa ist, zum Opfer fallen. Andererseits kommentiert die Limenser Zeitung «El Comercio» die eher symbolische Geldstrafe von 1000 Soles, die von den Behörden fast allen peruanischen Zeitungen auferlegt wurde, «auf die lächerliche Beschuldigung hin, es handle sich um geheim erscheinende Publikationen».

Es gibt in Lateinamerika Offiziere, die, wenn sie ihren Putsch erfolgreich durchgeführt haben, meinen, sie müssten sich auf dem Diktatorssessel verewigen. Im allgemeinen fällt ihnen nichts Besseres dabei ein, als sich als Sozialisten zu geben, ausländische Kapitalinvestitionen zu enteignen und gegen den Yankee-Imperialismus zu wettern.

Der Putsch wird dann euphemistisch als «soziale Revolution und Volkserhebung gegen die einheimische Oligarchie», der Raub der Niederlassungen ausländischer Unternehmen als «Nationalisierung» und der Fremdenhass als «Patriotismus und Nationalismus» hingestellt. Diese Phantasielosigkeit täuscht jedoch heute kaum jemanden, denn der putschenden Regierung wird sehr bald die Rechnung präsentiert.

Bolivien: Sowjetische Techniker am Schürfen

Nachdem die bolivianische Regierung aus politischer Verbohrtheit die Gelegenheit verscherzt hat, Petroleum und Gas billig zu erzeugen und an sichere Märkte zu exportieren, musste die argentinische Regierung einspringen, um die Zufuhr des bolivianischen Gases sicherzustellen.

Argentinien bot seine Garantie anstelle der enteigneten Gulf Oil Co. gegenüber der Weltbank und den Maschinenlieferanten an; ferner soll die argentinische Zentralbank die Lokalausgaben der Gasleitung finanzieren. Abgesehen davon, dass diese Arrangements dem argentinischen Steuerzahler kaum behagen werden, ist es noch nicht sicher, ob die Massnahmen zur reibungslosen Fertigstellung der Arbeiten führen werden. Jedenfalls erscheint das argentinische Angebot vorläufig als die einzig mögliche Lösung, um zu vermeiden, dass sich Bolivien an den kommunistischen Block wendet, um sich aus seiner verfahrenen wirtschaftlichen Lage zu befreien.

Mehr als die finanzielle Beunruhigung jedoch die politische Entwicklung Boliviens.

Auf die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Bolivien und der Sowjetunion und auf das sowjetische Hilfsangebot auf verschie-

denen Bereichen folgten schon eine Anzahl russischer Techniker, die den Minenkomplex «Siglo Veinte» besichtigten, wo sich die zweitgrössten Zinnvorkommen Boliviens befinden. Ausserdem hat die Regierung ein Staatsmonopol für den Erzabsatz gebildet. (Schon nach der Revolution von 1952 wurden die Minen der Zinnbarone Patino, Hochschild und Aramayo enteignet und die Exporte der kleinen und mittleren Minenunternehmen von der Banco Minero überwacht.) Diese sowjetische Präsenz im Herzen Lateinamerikas darf nicht unbeachtet bleiben, denn selbst wenn der Kreml kein Interesse daran haben sollte, sein Kuba-Abenteuer zu wiederholen, ist es nicht auszuschliessen, dass die Sowjetunion ihre Penetration Südamerikas mittels Boliviens zu verstärken beabsichtigt. Der Appetit, wie man weiss, steigt mit dem Essen...

Um die öffentliche Meinung Boliviens von den vielen finanziellen und politischen Problemen abzulenken, spricht der Präsident, General Ovando, wiederholt von Todesdrohungen gegen seine Person und von den «imperialistischen Komplotten» (bestehend aus CIA, USA-Botschaft und Gulf Oil Co.), die die bolivianische Revolution zerstören wollen. Jetzt hat der bolivianische Unternehmerverband eine Erklärung abgegeben, in der es heisst, dass die Komplottmeldungen innerhalb Boliviens und auf dem ganzen Kontinent ein völlig falsches Bild der Lage vermitteln. Die Privatwirtschaft beispielsweise der Förderung der Inflation zu bezichtigen könne nur «äusserstes Erstaunen» hervorrufen, wenn man bedenke, dass es gerade die Privatwirtschaft gewesen sei, die der Regierung (des verunglückten Präsidenten Barrientos) bei deren Währungspolitik zur Seite stand, oft unter grossen finanziellen Opfern.

Chilenische Alternative: entweder links oder dann links

In Chile kann die Linke sich nicht auf einen einheitlichen Präsidentschaftskandidaten einigen.

Die sechs linken Gruppen hatten fünf verschiedene Kandidaten aufgestellt, von denen sich bisher nur Jacques Chonchol des MAPU, der marxistischen, von der Christlich-Demokratischen Partei abgebröckelten Gruppe, zurückzog. Pablo Neruda hat zwar erklärt, dass er bereit wäre, seine Kandidatur für die Kommunistische Partei zurückzuziehen, aber es ist nicht anzunehmen, dass er es wirklich tun wird, denn die zwischen Kommunisten und Linksozialisten in den letzten sechs Jahren aufgetretenen Differenzen (Moskau gegen Peking-Anhänger) gehen wohl zu tief, als dass sich die KP mit dem sozialistischen Kandidaten Salvador Allende einverstanden erklärt, der damals die aus Kommunisten und Sozialisten gebildete Front FRAP leitete und die letzten Wahlen gegen den Christlich-Demokraten Frei verlor.

Die kontinentale Integration: Der Stand ist nicht der Gang

Man pflegt den Lateinamerikaner als Individualisten zu bezeichnen. Dies ist jedoch ein Euphemismus für die totale Unfähigkeit, sich zu koordinierter Tätigkeit aufzuraffen.

Am deutlichsten wurde diese Unfähigkeit vorigen Monat bei der Konferenz der ALALC (Lateinamerikanische Freie Handelsgemeinschaft) in Caracas offenbart. Die fünf Unterzeichnerstaaten des sogenannten «Andenpaktes» (Kolumbien, Ecuador, Peru, Chile und Bolivien) traten dort als Block auf. Der Pakt umfasst ein Gebiet

NEUES AUS DEM

Die Beiträge, die wir im «ZeitBild» zur «Koexistenz 1970» publiziert haben, erscheinen unter gleichem Titel anfangs März in Buchform als Band 11 der Reihe «Tatsachen und Meinungen». Nicht zu dieser Serie gehörte der Artikel von Léo Moulin, «Gegen die Verleumdung der Verbrauchergesellschaft» (ZB, Nr. 25, 1969). Er war in Nr. 4/1969 von «Dokumente, Zeitschrift für internationale Zusammenarbeit», Köln, veröffentlicht worden.

von zirka 5 Millionen Quadratkilometer, in dem 60 Millionen Menschen leben; 973 000 Quadratkilometer sind landwirtschaftlich nutzbar, der Viehbestand wird mit 50 Millionen angegeben. Das jährliche Sozialprodukt des Paktgebietes beträgt 26 Milliarden Dollar, etwas mehr als das argentinische Sozialprodukt, aber weniger als das mexikanische oder das brasilianische und — ein weiterer Vergleich — etwa die Hälfte des Sozialproduktes der Beneluxländer. Der Handelsaustausch der Andenpaktstaaten stellt 30 Prozent des gesamten ALALC-Handels dar; Argentiniens Anteil beträgt 34,8 Prozent und derjenige von Brasilien 24,6 Prozent. Schon die erste Klausel des Andenpaktes (gemeinsame Zolltarife gegen Drittländer, wozu auch die anderen ALALC-Staaten gehören) lässt eine Störung in den vorgesehenen Vorzugsklauseln, ein Aufeinanderprallen der ALALC-Klausel der «meist bevorzugten Nation» mit den Andenpakt-Zolltarifen, befürchten. Die fünf Andenstaaten schufen ihren Pakt angeblich, weil die ALALC-Integrationsentwicklung ihnen zu langsam erschien. Durch ihre eigenen, beschleunigten Integrationspläne scheinen sie jedoch die Programme der ALALC vollkommen aus dem Gleichgewicht zu bringen. Die Terminverschiebung bis zum Jahre 1973 zur Festsetzung der «reservierten» Warenliste des Andenblocks bringt beispielsweise grosse Unsicherheit in die industriellen Expansionspläne der übrigen ALALC-Länder, da diese nicht wissen, ob und wie weit sie mit den Andenländern rechnen können und selbstverständlich annehmen müssen, dass es sich bei den «reservierten» Gütern um Waren handelt, deren Markt für andere Länder geschlossen ist.

Ein «Atlantikblock», der eventuell dem Andenblock gegenübergestellt würde und aus Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay, Mexiko und eventuell Venezuela bestünde, wird zwar erwähnt, ist jedoch noch sehr entfernt von der Realität. Noch nicht einmal die Integrierung der sogenannten La-Plata-Länder (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay), über die in letzter Zeit viel geredet und verhandelt wurde, hat sich bisher bedeutend einer Realisierung genähert. Obgleich es paradox erscheinen mag, dass eine Freihandelszone sich in Blöcke aufteilt, erscheint dies doch als eine vorläufige Lösung, um überhaupt zur Integration zu kommen, denn die vor fast zehn Jahren geschaffene ALALC macht nur äusserst bescheidene Fortschritte. Es würde sich in diesem Fall um zwei begrenzte Wirtschaftszonen (ähnlich wie EWG und EFTA in Europa) handeln, die vielleicht als Vorstufe zur wahren Integration ganz Lateinamerikas nützlich sein könnten (wenngleich das Beispiel Europas in dieser Hinsicht nicht gerade optimistisch stimmt).

Das Erdöl zwischen Argentinien und Uruguay

Die beiden La-Plata-Staaten Uruguay und Argentinien sind eifrig bemüht, Ölbohrungen im Flussbett zu starten bzw. fortzusetzen.

Acht Firmen haben sich bei einer internationalen Ausschreibung in Montevideo beteiligt. Das zu untersuchende Gebiet erstreckt sich über 2500 Quadratkilometer an der südlichen Küste Uruguays. Zu diesem Zweck hat die Regierung am 3. Dezember ein Dekret erlassen und bereits ratifiziert, das die Ausdehnung der Hoheitsgewässer auf 200 Meilen von der Atlantikküste festlegt.

Der Entschluss Uruguays, vor seiner Küste nach Erdöl zu bohren (nachdem es auf Land nicht erfolgreich war), hatte im vergangenen Jahre politische Unstimmigkeiten mit Argentinien herauf-

beschworen. Da Argentinien einen Teil des Untersuchungsterrains, nämlich im Río de La Plata, als eigenes Hoheitsgebiet beansprucht, hatte Uruguay die Ausschreibungen für nichtig erklärt, ohne jedoch die grundsätzliche Absicht, nach Kohlenwasserstoffen zu suchen, aufzugeben. Die Angebote der acht an der neuen Ausschreibung beteiligten Firmen sollen in Bälde geöffnet werden.

In Argentinien wiederum ist ein grosser Schritt vorwärts damit erreicht worden, dass ausländischen Firmen wieder die Möglichkeit gewährt wird, in der Erdölindustrie mitzuarbeiten. Die Fortschritte der argentinischen petrochemischen Industrie sind nicht zuletzt der finanziellen und technologischen Mitarbeit des Auslandes zuzuschreiben. ■

THE SOVIET THREAT TO EUROPE

Edited by Lord St. Oswald D.L., M.C.

An analysis of Soviet intentions and capabilities by expert strategists from six countries. Alastair Buchan, Director of the Institute for Strategic Studies considers the relative strengths of the NATO and Warsaw Pact forces and other experts give their views on what the Soviets want in Europe, the Soviet naval presence in the Mediterranean and Communist ideological warfare techniques. 14s \$1.75

ANNO HUMANITATIS

Edited by J. Josten.

An 80-page collection of dramatic photographs of the Soviet invasion of Czechoslovakia. Irrefutable pictorial evidence of the reality of the crushing of liberty in Czechoslovakia. In English, French, German and Czech 30s \$3.75

THE ASSAULT ON THE WEST

Ian Greig

In his foreword, the Rt. Hon. Sir Alec Douglas-Home says: «This book is a closely documented work of reference on all the Communist organisations in the world and a careful and detailed analysis of the multifarious ways in which they deal in subversion. Until at the end of the book the author allows himself to draw some conclusions, he relies absolutely on fact to illustrate the methods by which the Soviet Union and China direct a campaign which to them is in the nature of a religious crusade.» 35s \$5

NO VISION HERE: Non-Military Warfare in Britain

D. G. Stewart-Smith

A detailed and thorough description of the Communist Challenge, and the results of an enquiry made over many years as to the British national response to the threat from the East. The author examines the state of British public opinion, current political thinking on the Communist problem, the attitude of Parliament, and the work of government departments, the Royal Charter institutions and private groups. He ends by making some practical conclusions as to what should be done in future to ensure both the security of the state and that Britain plays its full part in defending the Free World. 21s \$4

THE DEFEAT OF COMMUNISM

D. G. Stewart-Smith

«A scholarly work of reference on the issues involved in the Cold War, and as such deserves a place on the shelves of every college library.»

International Affairs
35s \$5

SEND FOR FREE CATALOGUE

FOREIGN AFFAIRS PUBLISHING CO LTD
139 Petersham Road, Richmond, Surrey, England.